

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

29. November – 05. Dezember 2025

Bei seinem Staatsbesuch in Peking am 4. Dezember 2025 hat der französische Präsident Emmanuel Macron den chinesischen Staatschef Xi Jinping aufgefordert, stärker zur Lösung des Ukrainekriegs beizutragen und die erheblichen Handelsungleichgewichte zwischen China und der EU abzubauen. Macron betonte die gemeinsame Verantwortung beider Länder für Frieden und Stabilität und rief zu einer intensiveren Zusammenarbeit im Rahmen eines effektiven Multilateralismus auf. Xi Jinping erklärte seinerseits, er wolle den strategischen Partnerschaftsrahmen mit Frankreich stabilisieren und „Interferenzen“ zurückweisen. Macron drängte zudem auf „gegenseitige Investitionen“, um die wirtschaftlichen Beziehungen auszugleichen, und plädierte für eine wirtschaftliche Governance nach klaren Regeln gemeinsam mit dem G7-Block. Trotz der symbolischen Wärme zwischen den beiden Staatschefs bleiben die politischen Spannungen tiefgreifend: Paris erwartet, dass China seinen Einfluss auf Russland nutzt, um ein Ende des Krieges in der Ukraine zu erreichen. Peking hat die russische Invasion jedoch nie verurteilt und ist einer der wichtigsten Abnehmer russischer fossiler Energien. Macron wollte außerdem Vorwürfe unlauterer chinesischer Handelspraktiken ansprechen, die zu einem massiven Handelsdefizit der EU geführt haben. Auch der Zugang zu seltenen Erden und die Frage künftiger Investitionen standen im Mittelpunkt. Der Besuch soll am Freitag in Chengdu in einem informelleren Rahmen ausklingen.

Nur 24 Stunden nach Gesprächen zwischen einer ukrainischen Verhandlungsdelegation und den USA in Florida traf Wolodymyr Zelensky am Montag Emmanuel Macron, um sich über den Stand der laufenden Verhandlungen zur Beendigung des Krieges auszutauschen. Am späten Nachmittag besuchte der ukrainische Präsident das Unternehmen Dassault Aviation in Cergy-Pontoise. Dort begrüßte ihn der Konzernchef Éric Trappier am Eingang der neuen Fabrik, in der die Rumpfe der Rafale-Kampfjets hergestellt werden. Der Besuch fand zwei Wochen nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung durch Zelensky statt, in der der mögliche Kauf von 100 Rafale-Jets festgehalten wurde.

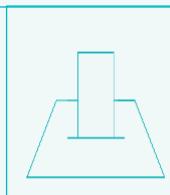
Die Beratungen zum Haushalt der Sozialversicherung in der französischen Nationalversammlung gestalten sich schwierig. Nachdem der Senat den Text zuvor durch die Streichung der Aussetzung der Rentenreform sowie mehrerer neuer Abgaben verändert hatte, versucht die Regierung nun, eine Lösung in der Nationalversammlung zu finden. Ein zentraler Konfliktspunkt ist aktuell die von den Sozialisten geforderte Erhöhung der allgemeinen Sozialabgabe (CSG) auf Kapitaleinkünfte. Wird diese Maßnahme umgesetzt, verliert die Regierung die Unterstützung der rechten Parteien. Wird sie gestrichen, droht der Verlust eines Großteils der linken Stimmen. Les Républicains halten strikt an ihrer Linie fest, keinerlei Steuererhöhungen zu akzeptieren. Édouard Philippe, Präsidentschaftskandidat der Mitte-Rechts-Partei Horizons, erklärte zudem, dass seine Partei den Text „in der vorliegenden Form“ nicht unterstützen könne [siehe Parlament, Parteien & Personen]. Auch Teile der Mitte äußern deutliche Vorbehalte gegenüber einer Anhebung der CSG. Die Linke warnt hingegen, dass ohne zusätzliche Einnahmen das Defizit der Sozialversicherung weiter anwachsen werde. Kompromissvorschläge, wie etwa eine moderatere Erhöhung der CSG, werden zwar diskutiert, stoßen jedoch bisher auf wenig Zustimmung. Vor der Abstimmung über den Einnahmanteil des Haushalts zur Sozialversicherung warnte Premierminister Sébastien Lecornu daher am 4. Dezember vor der Möglichkeit, dass Frankreich 2026 ohne gültiges Sozialversicherungsbudget dastehen könnte, und bat den Direktor der Sozialversicherung in einem Brief darum, die Folgen eines fehlenden oder verspäteten Haushalts zu prüfen. Einen Rückgriff auf Artikel 49.3 der Verfassung, der eine Verabschiedung per Dekret ermöglichen würde, schloss Lecornu hingegen weiterhin aus.

Der französische Senat hat am 4. Dezember 2025 die Einnahmenseite des Staatshaushalts 2026 deutlich überarbeitet und anschließend mit breiter Mehrheit angenommen. Die von der rechten und zentristischen Mehrheit dominierte Kammer strich mehrere vom Regierungsvorschlag vorgesehene Steuererhöhungen in Milliardenhöhe und verabschiedete den Abschnitt mit 198 gegen 105 Stimmen. Während die Nationalversammlung diesen Teil nahezu einstimmig abgelehnt hatte, sieht die Regierung im Senatsvotum eine notwendige Etappe, um den Haushaltsprozess fortsetzen zu können und ein weiteres Ansteigen der Defizite zu vermeiden. Die Senatoren wenden sich nun der Ausgabenseite des Haushalts zu, deren endgültige Abstimmung für den 15. Dezember geplant

ist. Die Änderungen an der Einnahmenseite verschlechtern den Haushaltssaldo allerdings um 7,7 Milliarden Euro, was laut Regierungsangaben einem vorläufigen Defizit von 5,1 % des BIP entspricht – höher als das Ziel von 4,7 % für 2026. Die rechte Mehrheit verteidigt ihre Linie, Ausgaben zu senken statt Steuern zu erhöhen, und lehnte unter anderem eine Sonderabgabe für Großunternehmen sowie Teile der neuen Holding-Besteuerung ab. Die gesamte Linke stimmte gegen den überarbeiteten Entwurf, während Rechte, Zentristen und die Macronisten zustimmten; die Unabhängigen enthielten sich. Das Votum stellt lediglich eine Etappe in einem unsicheren Haushaltssmarathon dar, dessen Ausgang zum Jahresende offen bleibt.

Die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) ist am 1. Dezember in Berlin zu ihrer 12. Sitzung zusammengekommen. Im Mittelpunkt standen die digitale Souveränität sowie eine Bilanz des Aachener Vertrags. Die Ministerinnen Dorothee Bär und Anne Le Hénaff betonten dabei die enge deutsch-französische Zusammenarbeit im digitalen Bereich, die ihrer Ansicht nach entscheidend für eine starke europäische Politik ist. Der Bericht zur Umsetzung des Aachener Vertrags fiel gemischt aus: Zwar wurden in vielen Bereichen Fortschritte erzielt, doch bleiben zahlreiche Aufgaben ungelöst – etwa beim geplanten deutsch-französischen Wirtschaftsrechtskodex oder beim Erlernen der Partnersprache, wo eher Rückschritte zu verzeichnen sind. Trotzdem funktioniert der deutsch-französische Motor im parlamentarischen Rahmen gut. Die Versammlung verabschiedete zwei gemeinsame Entschlüsse – eine gegen Antisemitismus und eine für ein internationales Abkommen gegen Plastikverschmutzung – und diskutierte zudem über Energie, Handel, Industrie, digitale Sicherheit sowie über die Lage in der Ukraine und im Nahen Osten.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der frühere Premierminister **Édouard Philippe**, ebenfalls offizieller Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2027, stellt die Haushaltsstrategie von Regierungschef Sébastien Lecornu offen infrage. Anlass ist dessen Vorschlag, die Rentenreform auszusetzen, um die Sozialisten für den Haushalt der Sozialversicherung zu gewinnen. Philippe lehnt diese Rücknahme jedoch ab und hat die 34 Abgeordneten seiner Partei *Horizons* dazu aufgerufen, den Sozialrat nicht zu unterstützen. Für Philippe ist diese Haltung auch ein Signal an das wirtschaftsliberale Lager, dessen Unterstützung er im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2027 festigen will. Im Regierungslager stößt seine Strategie dagegen auf Unmut: Einige sehen darin parteipolitisches Kalkül, das die ohnehin schwierigen Haushaltsverhandlungen zusätzlich erschwert. Zudem gibt es in *Horizons* Überlegungen, Lecornu indirekt dazu zu bewegen, den Haushalt doch über den Verfassungsartikel 49.3 durchzusetzen, um die Mehrheit nicht zu gefährden.

DIE ZAHL DER WOCHE

0,87 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1			

Laut französischer Presse sollen die Autobahnmautgebühren in Frankreich zum 1. Februar 2026 durchschnittlich um **0,87 %** steigen. Die Betreiber haben der Regierung Erhöhungen zwischen 0,82 % und 0,95 % vorgeschlagen, die sich an der vertraglich festgelegten Berechnungsformel orientieren. Diese berücksichtigt hauptsächlich die Inflation und Investitionsklauseln. Die erwartete Anpassung liegt damit nahe der Inflationsrate von 2025 und deutlich unter der Prognose der Banque de France für 2026. Im Vergleich zu den Vorjahren fällt die Erhöhung mit 0,87 % moderat aus: 0,92 % im Jahr 2025, 3 % im Jahr 2024 und 4,75 % im Jahr 2023. Die Mautsätze werden jedes Jahr am 1. Februar gemäß langfristiger Vereinbarungen zwischen Staat und Autobahnbetreibern angepasst. Die endgültigen Tarife für 2026 werden wie üblich im Amtsblatt (Journal Officiel) veröffentlicht – voraussichtlich Ende Dezember oder im Januar.